

S-R-F-Audio.

Radio S-R-F echo der Zeit mit Christina Scheidecker.

Die Themen vom 17. April.

Der französische Präsident unter Druck, innen und außenpolitisch.

Fakt ist, dass Emmanuel Macron mit seinem konfrontativen Stil oft als arrogant wahrgenommen wird und das dann zu Problemen führt im Verhältnis zu politischen Partnern im Inland als auch im Ausland.

Was das für Macron selbst und für die französische Politik bedeutet, klären wir im Gespräch mit dem Frankreich-Experten Jacob Ross.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler engagieren sich für ein Jahr bei der Abstimmung zum Klimaschutzgesetz.

Die Gegner reklamieren Propaganda.

Argentinien bewegt sich die Inflationsrate unterdessen im dreistelligen Bereich.

Trotzdem gibt es Grund für Optimismus. Wir erklären wieso.

Und wie erkennt man eigentlich, ob eine Nachrichtenmeldung stimmt? Manchmal tun es sehr unecht.

Dann weiß man einfach, dass das echt fake ist.

Manchmal auch second influencer oder so, dass das echt oder fake ist.

Eine Ausstellung will Jugendliche für die Unterscheidung für die Nachrichten- und Fake-News-Sensibilisieren.

Wir beginnen mit echten Nachrichtenmeldungen und mit der aktuellen Situation in Sudan, Corinna Heinsmann.

In Sudan dauern die Kämpfe zwischen der Armee und paramilitärischen Kräften an.

Nach Angaben des Ärzte-Komitees im afrikanischen Land wurden über 940 verletzt.

Das Komitee hat die Konfliktparteien aufgefordert, ihre Angriffe auf Krankenhäuser und medizinisches Personal einzustellen, weil die medizinische Versorgung der Bevölkerung blockiert sei.

Inzwischen hat die kenianische Regierung mitgeteilt, dass die Präsidenten Kenias, Südsudans und Djiboutis im Konflikt vermitteln wollen.

Knapp 14 Jahre nach dem Absturz eines Air-France-Flugzeuges mit 228 Toten sind die Fluggesellschaft sowie der Hersteller Airbus freigesprochen worden.

Laut dem Gericht in Paris hätten die beiden Unternehmen zwar teils nachlässig gehandelt, eine direkte Schuld am Absturz lasse sich aber nicht nachweisen.

Das Flugzeug war 2009 auf dem Weg von Rio de Janeiro nach Paris in den Atlantik abgestürzt.

Eigentlich hätte das US-Raumfahrt-Unternehmen SpaceX heute die mächtigste Rakete der Welt testen wollen.

Aber der Unternehmen von Elon Musk sagte den ersten Testflug

in letzter Minute ab wegen technischer Probleme.
Die 120 Meter hohe Rakete namens Starship
hätte im US-Bundestadt Texas abheben sollen.
Mit der Rakete sollen Astronauten künftig
unter anderem zum Mond fliegen können.
Der Testflug werde nun um einige Tage verschoben,
teilt Elon Musk mit.
In die Schweiz.
Die Bundesanwaltschaft hat Anklage erhoben
gegen einen mutmaßlichen Unterstützer
der Terrororganisationen IS und Al Qaeda.
Den 25-jährigen Schweizer wird vorgeworfen,
er habe mehrere Personen für den IS und Al Qaeda angeworben.
Zudem soll er über soziale Medien, Gewaltdarstellungen
und Organisationen verbreitet und Spendenaktionen organisiert haben.
Laut den Behörden hielt sich der Beschuldigte bis 2019
in einem vom IS-Besetzten Gebiet in Syrien auf.
Er wurde deshalb 2020 verurteilt
wegen des Verstoßes gegen das IS-Gesetz.
Im Jahr 2021 war Covid-19 die drithäufigste Todesursache
in der Schweiz.
Nach Herzkreislauferkrankungen und Skrieps.
Laut dem Bund waren knapp 6.000 Todesfälle hauptsächlich
auf Corona zurückzuführen.
Zudem seien 2021 19 Personen an unerwünschten Nebenwirkungen
von Covid-19-Impfstoffen verstorben.
Der Kanton St. Gallen und die beiden Appenzell
gehen ihre Spitalplanung künftig gemeinsam an.
Sie haben vereinbart,
zunächst in den Bereichen Medizin, Chirurgie
und Gynäkologie zusammenzuarbeiten,
später auch bei der Rehabilitation und in der Psychiatrie.
Die Kantone Turgau, Graubünden und Glarus
beteiligten sich nicht an den kantonsübergreifenden
Spitalplanung.
Sie hatten anfänglich auch ein Projekt mitgearbeitet,
stiegen dann aber wieder aus.
Ein Grund dafür war die geplante Anwendung von Mindestfallzahlen.
Nun die Börsendaten von 1804 geliefert von 6.
Das ist Market Index schließt bei 11.312 Punkten,
minus 0,3%.
Der Johnson X in New York fällt um 0,1%.
Der Euro wird zu 98°13 gehandelt,
unter Dollar zu 89°96.

Und das Wetter?

Am Abend lassen die Schauer im Norden nach,
morgen ist es zunächst hochne Platik bewölkt,
tagsüber kommt es zu teils längeren sonnigen Abschnitten,
aber auch zu einigen Quellwolken.

In den Alpen und im Süden ist es ziemlich sonnig.

Die Temperaturen erreichen mit Biese bis 15° im Norden.

Im Süden gibt es bis zu 21°.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist angeschlagen.

Innenpolitisch sorgt die Erhöhung des Rentenalters
von 62 auf 64 für große Spannungen.

Und auch außenpolitisch muss Macron,
der sich gerne als europäische Führungsfigur präsentiert,
einiges an Kritik einstecken.

Nach einem Besuch in China hatte er dafür plädiert,
dass sich Europa, zum Beispiel in Sachen Taiwan,
von den USA unabhängiger machen solle.

Eine Aussage, die gerade in Zeiten des Ukrainekriegs,
wo sich die USA massiv in Europa engagieren,
für viele Beobachterinnen und Politiker etwas schräg in der Landschaft steht.

Sowohl Innen als auch außenpolitisch werden Macron
Ignoranz und Arroganz vorgeworfen.

Wie sieht das der Experte Jacob Ross?

Er beschäftigt sich bei der deutschen Gesellschaft
für auswärtige Politik mit Frankreich.

Ich habe heute Nachmittag mit ihm gesprochen.

Ich glaube, die Ignoranz, die würde ich grundsätzlich,
gerade mit Blick auf diese Aussagen,
im Regierungsfliieger von China kommt, bestätigen.

Das ist ein unglaublich schlechtes Timing,
diese Aussagen in diesem Kontext in den Raum zu stellen.

Während parallel China mit großen Militärmanövern
um Taiwan begann.

Arroganz, das ist eine schwierigere Frage.

Aber Fakt ist, dass Emmanuel Macron sowohl außen als auch innenpolitisch
mit seinem sehr konfrontativen Stil oft als arrogant wahrgenommen wird
und das dann zu Problemen führt im Verhältnis
sowohl zu politischen Partnern im Inland
als auch zu Verbündeten und Partnerstaaten im Ausland.

Es ist ja ziemlich genau ein Jahr her,
dass Macron zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt wurde in Frankreich
und da ist er ja auch angetreten mit dem Versprechen,
das Land zu einen.

Das hat er nicht geschafft.

Im Gegenteil eigentlich hat man das Gefühl.
Ja, absolut, das lässt sich tatsächlich klar verneinen.
Dieses Versprechen hat er definitiv nicht eingehalten.
Er hat die Extreme gestärkt oder seine Politik der ersten fünf Jahre
hat jedenfalls die Extreme gestärkt,
das Rassum-Lomon-National-Rechts und LFI bzw.
das Linksbündnis Nupès.
Deswegen glaube ich, dass es für Emmanuel Macron
in seiner zweiten Amtszeit darum gehen muss,
die französische Gesellschaft ein bisschen zu befrieden,
Reformen anzustoßen, was das politische System angeht.
Damit war er ja auch 2017 angetreten
mit dem Versprechen, das französische Parlament zu stärken.
Das alles hat er bisher nicht geliefert
und das sollte jetzt eine der großen Aufgaben für ihn sein,
wenn er das Land 2027 eben nicht sozusagen
in einem schlechteren politischen Zustand hinterlassen möchte,
als er es 2017 vorgefunden hat.
Im Sie sagen das, er hat das schon 2017 versprochen
und hatte jetzt grundsätzlich eigentlich sechs Jahre Zeit,
um da zu liefern.
Warum hat er es nicht getan?
Er hat es versucht, das muss man ihm zugutehalten.
Dann kam eine Reihe in politischer Krise,
angefangen mit der Affäre um Benalla,
ein Mitarbeiter in seinem engsten Stab,
die durch die Medien ging und für viel Kontroversen sorgte.
Dann kam die gelbwesten Proteste, dann kam Covid
und so muss man sagen, dass zwischen diesen verschiedenen
Episoden und Krisen eben relativ wenig Zeit geblieben ist.
Genau sie reden von politischen Krisen
und dann denken wir ja eigentlich wieder mittendrin in Frankreich.
Für nächsten Donnerstag ist ein Tag des Zorns angekündigt
wegen dieser Rentenreform,
auch wenn sie grundsätzlich genehmigt wurde vom Verfassungsrat.
Der Widerstand der Bevölkerung ist groß
und was riskiert Macron,
wenn er die Reform nun gegen allen Protest durchdrückt?
Nun, er riskiert persönlich mit Blick auf seine politische Karriere
relativ wenig, denn er kann 2027 nicht mehr antreten
nach zwei konsekutiven Mandaten.
Allerdings führt das vielleicht dazu,
dass er diesen sehr konfrontativen Stil
und dieses aufs ganze Gehen politisch

vielleicht zu sehr auf die Spitze treibt
und zu wenig bedenkt,
dass 2027 eben auch ohne ihn Wahlen stattfinden werden,
dass sich ohnehin schon die Frage stellt,
wer seine Nachfolge übernehmen kann
in seiner politischen Bewegung
oder ob diese Bewegung eben so stark auf ihn personalisiert
und fokussiert ist, dass sie genauso verschwinden wird,
schnell wie sie 2015 und 2016 entstanden ist.
All diese Fragen stellen sich jetzt viele politische Beobachter
in Frankreich und hoffen eben,
dass Emmanuel Macron nicht nur an seine eigene politische Zukunft denkt,
sondern eben das Wohl seines Landes
auch über 2027 hinaus mit dem Blick behält.
Wir haben über ihn Politik gesprochen jetzt,
aber am Anfang auch gesagt,
dass Macron auch außenpolitisch in der Kritik ist.
Gerade er, der immer wieder als überzeugter Europäer Auftrag
muss jetzt massive Kritik anstecken
wegen umstrittener Äußerungen rund um Taiwan.
Was heißt das für Macron's Selbstverständnis
als europäische Führungsfigur?
Ich glaube, dass sein Anspruch auf europäischer Ebene
eine Führungsrolle zu übernehmen,
nicht nur persönlich, sondern mit seinem Land
als französischer Staatspräsident,
der droht ein bisschen daran zu scheitern,
weil eben im Ausland oft der Eindruck entsteht,
dass französische Initiativen eben zuerst
das französische nationale Interesse im Blick haben
und nur als Zweites sozusagen das Interesse
der europäischen Verbündeten.
Wer profitiert denn eigentlich,
werden wir wieder auf französische Innenpolitik kommen
von dieser schwächer Macron.
Was heißt das vom rechtsnationalistischen Rassemblement National,
die sich eigentlich aktuell nur als volksnahe Alternative
zum Macron positionieren muss, um zu profitieren?
Ja, absolut.
Im Moment ist tatsächlich die überwältigende Lesart,
dass Frau Le Pen und das Rassemblement National
von dieser Schwächung des Präsidenten profitieren
als erste Oppositionspartei.
Sein Scheitern legitimiert sozusagen,

dass sie sich als Alternative präsentiert.
Was vielleicht noch dazu gesagt werden kann,
ist das überraschenderweise,
dass linksbündnis Nupès
um die größte linke Oppositionspartei,
La France Assumise, LFI,
bisher nicht so stark von diesen gerade
innenpolitischen Protesten profitieren kann,
trotz der großen Mobilisierung
durch die Gewerkschaften der Millionen Menschen
auf der Straße.
Und das sollte eben sowohl Emmanuel Macron
als auch den Verantwortlichen in dem linksbündnis,
glaube ich, zu denken geben,
dass die sozialen Konflikte
tatsächlich als allererste im Moment
in Frankreich die extreme Rechte zu profitieren scheint.
Das sagt Jacob Ross.
Er ist Frankreich-Experte
bei der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik.
Das ist das Echo der Zeit auf Radio SRF.
So geht es bei uns weiter.
Der Krieg in der Ukraine spaltet Familien,
auch in Russland.
Das ist der Stimmungsbericht.
Die Preise in Argentinien steigen und steigen.
Wir klären die Hintergründe der massiven Inflation.
Und Glencore will sich vom Kohle-Geschäft verabschieden,
wo der Schweizer Rohstoffriese
in Zukunft investieren will.
Zuerst aber Schweizer Politik.
Mehr als 200 Forschende,
führende Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler von Schweizer Hochschulen
werden für ein Jahr bei der Abstimmung
zum Klimaschutzgesetz im Juni.
Ohne einen klaren politischen Rahmen sei es nicht möglich,
dass die Schweiz ihre Klimaziele erreiche
und ihren Beitrag zum weltweiten Klimaschutz leiste.
Argumentieren Sie.
Die Gegner des Klimaschutzgesetzes
bezeichnen die Äußerungen der Forschenden als Propaganda.
Wissenschaftsredaktor Christian von Burg berichtet.
Die Wissenschaft habe ihre Hausaufgaben gemacht.

An der Existenz des Klimawandels
gebe es nichts mehr zu zweifeln,
sagt Klimafysiker Reto Knutti von der ETH Zürich.
Der Klimawandel ist wissenschaftlich völlig erwiesen
und der Mensch trägt die Verantwortung.
Wir sehen das heute schon an den Zunahmen
von Hitzewellen, Starkniederschlägen,
Dürren, schmelzenden Gletscher, etc.
Und diese Herausforderungen werden sich
in Zukunft noch weiter verstärken.
Die Schweiz hat sich im Vergleich zur vorindustriellen Zeit
schon um etwa 2,5 Grad erwärmt.
Und eine Trendumkehr sei derzeit nicht absehbar,
denn die Schweiz, um mit ihr die meisten anderen
Staaten der Welt hätten bisher erwiesenermaßen zu wenig,
um den Klimawandel zu stoppen.
Deshalb sei es richtig und dringend nötig,
so die Forschenden weiter,
dass sich die Schweiz jetzt das Ziel setze,
den CO₂-Ausstoß bis 2050 auf Netto Null zu reduzieren.
Das wird erst stoppen,
wenn wir unsere Emission auf dieses Netto Null-Ziel gebracht haben.
Also nicht mehr ausstoßen,
als wir an einem anderen Ort wieder entfernen können.
Mittlerweile hing die Schweiz sogar der EU,
ja selbst den USA,
in Sachen Klimapolitik hinterher, sagt Knutti.
Dabei fordere auch die Mehrheit der führenden
Ökonominen und Ökonomen,
die diese Fragen untersucht haben,
sofortige und drastische Maßnahmen zugunsten des Klimaschutzes.
Denn je länger man warte, umso teurer werde es.
Dazu seien aber staatliche Vorgaben nötig.
Regeln, die für alle gelten.
Das ist auch für die Wirtschaft von Vorteil.
Einerseits haben sie die Planungssicherheit
und andererseits haben sie faire Bedingungen,
dass für alle die gleichen Regeln gelten.
Die Wirtschaft unterstützt dieses neue Klimaschutzgesetz.
Michael Graber, Kampagnenleiter der SVP,
kämpft für ein Nein zum Klimaschutzgesetz.
Mit dem CO₂-Gesetz, das vor zwei Jahren knapp abgelehnt wurde,
sei der Bevölkerung wenigstens reiner Wein eingeschenkt worden.
Und jetzt in einer Art Salametaktik

wird scheibchenweise zunecht einmal das Ziel per Gesetz definiert
und dann die Umsetzung, die dann eben viel Geld kostet,
die kommt dann erst später.
Erst später also werde klar,
wie teuer der Abschied von Öl und Gasheizungen werde,
was der Ausstieg aus den fossilen Treibstoffen bis 2050 wirklich kostet.
Die Corona-Krise habe zudem gezeigt,
wie unsicher die Modelle und Prognosen der Wissenschaft oft seien.
Jetzt machen Klimatologen Voraussagen für mehrere Jahrzehnte,
aber ob diese Wissenschaftler tatsächlich recht haben,
werden wir erst viel, viel später wissen.
Das war grundsätzlich in Ordnung,
dass auch die Forschenden ihre Meinung zur anstehenden Abstimmung
äußern könnten, sagt Graber.
Aber hier geht es einfach um eine klare Propaganda,
die an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten ist.
Scheinheilig deshalb,
weil die kleine Schweiz mit ihrem vergleichsweise kleinen CO₂-Ausstoß
den Klimawandel kaum beeinflussen könne.
Reto Knuti sieht das anders.
Er sagt, die Schweiz müsse als hochtechnologisiertes Land ein Beispiel sein
und zeigen, wie sich der CO₂-Ausstoß reduzieren lasse.
Er und die anderen Forschenden betrieben keine Propaganda.
Es gehöre mit zu ihrem Auftrag, ihr Wissen zu kommunizieren.
Ich rache das aus unserer Verantwortung,
die Menschen zu informieren, was Sache ist,
damit sie auf Grundlage von diesen Fakten dann entscheiden können.
Auf Basis der Fakten aus der Wissenschaft
sollen die Leute an der Urne entscheiden können,
sagt der Klimafysiker Reto Knuti.
Dazu wollte ich von Wissenschaftsredaktor Christian von Burg wissen,
ein so klarer, breiter Stellungsbezug von Forschenden
zu einer konkreten politischen Vorlage.
Ist das üblich?
Nun ja, also alltäglich ist es nicht.
Aber es hat schon verschiedene Vorlagen gegeben,
bei denen sich auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
als Gruppe dezidiert geäußert haben.
Gerade bei Klimaabstimmungen kennen wir das.
Schon vor zwei Jahren haben sie sich für das CO₂-Gesetz eingesetzt.
Jetzt, wie weit man in diesem Engagement geht,
das ist sehr unterschiedlich.
Professorin Julia Steingruber von der Uni Losan zum Beispiel
ist letztes Jahr so weit gegangen und hat sich zusammen

mit Klimaaktivistinnen und Aktivisten auf den Asphalt geklebt.
Einige wenige sehr vorsichtige Wissenschaftler wiederum,
die wollten sich auch jetzt nicht zu fest zum Fenster hinauslehnen
und haben den sehr sachlich gehaltenen Aufruf von Reto Knutti
nicht mitunterzeichnet.

Es gibt also keine klare Regeln und wirklich große Unterschiede,
würde ich sagen.

Keine klare Regeln, ist es denn problematisch,
wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich so klar
positionieren zu einem politischen Anliegen?

Nun, ich denke, es kommt darauf an, wie sie es machen.

Es wird oft problematisch, wenn sie von der Wissenschaft
als Ganzes sprechen.

Denn auch die Wissenschaft ist meist sehr vielstimmig.

Ich finde, sie sollten bei der Sache bleiben
und nicht beginnen, parteipolitisch zu argumentieren.

Ihre Argumente sollten nachvollziehbar sein.

All das scheint mir hier in diesem Fall von dieser Stellungnahme
zum Klimaschutzgesetz gegeben.

Wir werden in den kommenden Wochen noch sehr viele Stimmen hören
über das Verband bis zur Gas- und Erdölindustrie.

Die haben alle ihre berechtigten Partikularinteressen.

Die haben etwas zu verlieren in diesem Fall,
wenn das Gesetz angenommen wird.

Aber man muss schon sagen, hier beim Klimaschutz
sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
zweifelsohne eine wichtige Stimme.

Ich denke, es wäre fast eher komisch,
wenn sie sich nicht äußern würden.

Auch in der Corona-Pandemie haben sich diverse Vertreterinnen
und Vertreter aus der Wissenschaft öffentlich
in die politische Diskussion eingeschaltet.

Was zum Teil doch auch sehr umstritten war,
lässt sich denn das mit dieser Intervention jetzt vergleichen?

Ja, schon.

Aber es gibt aus meiner Sicht zwei entscheidende Unterschiede.

Erstens, die Schweiz hat sich bereits zum Klimaschutz verpflichtet.

Also sprich, grundsätzlich ist eigentlich klar,
in welche Richtung es gehen soll.

Es geht jetzt nur noch um das Wie genau und um das Wie schnell.

Und dann, das ist wohl noch viel entscheidender,
während der Corona-Pandemie waren viele Aspekte
sehr lange unklar.

Und die Meinungen der Expertinnen und Experten

gingen zum Teil stark auseinander.
Das ist in der Klimadiskussion nicht mehr so.
Der Weltklimarat, der liefert seit Jahrzehnten
jetzt schon Bericht um Bericht,
in dem der Stand des Wissens jedes Mal
wirklich von sehr vielen Expertinnen und Experten
aufforn diskutiert und auf Herz und Nieren geprüft wird.
Natürlich gibt es auch da immer wieder kleinere Verschiebungen.
Aber in letzter Zeit muss man sagen,
gingen diese Verschiebungen vor allem in eine Richtung.
Der Klimawandel ging noch schneller voran als prognostiziert.
Aus der Wissenschaftsredaktion war das Christian von Burg.
Vladimir Karamursain, prominenter Kritiker
des russischen Präsidenten Putin,
ist heute wegen Hochverrats verurteilt worden,
zu 25 Jahren Haft.
Es ist die bisher höchste Haftstrafe
gegen einen Krimmelkritiker überhaupt.
Was löst dieses Urteil in der russischen Bevölkerung aus?
Das wollte mein Kollege Ivan Lieberherr
von Christoph Franzen wissen.
Der SRF-Sonderkorrespondent war erst kürzlich in Russland unterwegs.
Vor dem Gerichtgebäude war es sehr ruhig.
Mein Kameramann war vor Ort.
Er hat gesagt, es hat ein paar Menschenrechtler,
es hat ein paar ausländische Diplomaten,
aber ansonsten eigentlich die totale Ruhe.
Im direkten Gespräch, wenn ich die Leute anrufe,
dann sind die schon schockiert, auch sehr ernüchtert.
Die sagen, eine solch harte Strafe, 25 Jahre,
das ist ein neues Zeitalter, das jetzt beginnt.
Aber ich denke, es gibt natürlich auch Leute
vom nationalistischen imperialistischen Lager,
die sagen genau, das ist richtig,
so muss man mit Oppositionellen, die in Anführungszeichen
Verräter sind, umgehen.
Reagieren die Menschen heute anders als noch vor zwei, drei Jahren?
Ja, ich kann mich noch erinnern, als ich damals noch da war,
was 2018, 19, dann hat es schon bei solchen Urteilen
mehrere Tausend Menschen vor dem Gericht,
da hat es auch Demonstrationen gegeben.
Und was vor allem auch anders war, es gab damals noch freie Medien,
es gab zum Beispiel in der Radio-Sender Echo Moskvyy,
es gab den Fernsehsender Dost,

und dort wurden die ganzen Thematiken diskutiert,
dort gab es Kritik, dort gab es scharfe Kritik,
all das haben wir heute nicht mehr.
Es gibt wirklich fast keinen Freiraum mehr im Lande.
Und wie sieht es im Privatleben aus?
Ist da der Krieg ein Thema im Alltag der Russinnen und Russen?
Es ist eben eine große Spaltung im Land,
und diese Spaltung geht auch durch die Firmen
und durch die Familien.
Also ich höre sehr oft von Kolleginnen und Kollegen,
die sagen, wir diskutieren das in der Familie gar nicht mehr,
dass nicht mehr gestritten werden.
Ich glaube, das ist auch ein bisschen die Grundstimmung im Land.
Man will mit diesem Konflikt nicht allzu viel zu tun haben,
man will einfach sein normales Leben leben, so weit das das geht.
Aber verdrängen lässt sich das Thema ja kaum angesichts
der Zehntausenden Männer, die in den Krieg geschickt werden?
Ja, das ist natürlich neu, das ist ja seit letzten September.
Es gibt viele, die sagen, dort hat für die Russinnen und Russen
der Krieg erst richtig begonnen.
Das ist so, das ist natürlich noch verstärkt in den Provinzen.
Da habe ich jetzt auch mehrmals mit Leuten geredet, die sagen,
ja, wir kennen Leute persönlich, die im Krieg sind.
Wir kennen auch solche, die im Kampf gefallen sind
oder die in der Gefangenschaft sind.
Und ich glaube, mit den nächsten Wochen und Monaten,
wenn das so weitergeht, wird das vermehrt auch in Moskau
oder in Petersburg zu spüren sein.
Wie beurteilen denn Russinnen und Russen
diese sogenannte militärische Spezialoperation?
Da lesen wir hier ja widersprüchliche Umfragen und Einschätzungen.
Es ist eben auch widersprüchlich, das ist ja das Schwierige an der ganzen Sache.
Das ist auch stark der Propaganda geschuldet.
Es sind nach wie vor die Mehrheit oder die meisten Russinnen und Russen,
die diese Operation und also diesen Krieg, muss man sagen, unterstützen.
Laut dem Meinungsforschungsinstitut Levada sind das um die 70 Prozent.
Aber es gibt auch eine Mehrheit, die inzwischen sagt,
man sei eigentlich offen für Friedensverhandlungen,
aber eben solche Verhandlungen, wo die Russen ans Gewinner dastehen
und ja nicht verlieren.
Das heißt, dass man die Krim nicht zurückgeben soll,
dass die Ukraine nicht der NATO beitreten darf und so weiter.
Und es ist diese Hoffnung, dieses Gefühl, dass das Baal zu weit ist,
dass die Ukraine einsehen haben oder dass die Amerikaner dann Druck machen.

Irgendwie so ein naives Gefühl, würde ich fast sagen.
Die Bevölkerung unterstützt den Krieg, ist aber nicht euphorisch.
Ja, genau so ist es.
Es ist ganz anders als zum Beispiel 2014, als man die Krim besetzt hat.
Das haben ganz viele Menschen im Land sehr freudig
und auch offen unterstützt.
Hier ist es ganz anders.
Man sagt vielleicht in den Umfragen, ja, wir unterstützen den Präsidenten
oder wir lassen unsere Männer an der Front nicht im Stich.
Aber man tut das ohne große Begeisterung.
Und das ist auch so, dass natürlich inzwischen 100.000 von Menschen
Russland verlassen haben, vor allem auch Männer.
Und oftmals aus dem Grund, dass eben nicht Teil dieses Krieges sein möchten.
Aber nicht, weil sie gegen den Krieg sind, sondern weil sie für sich selber schauen.
Ich würde beides sagen.
Es gibt viele, die wirklich aus Prinzip sagen, nein, das ist völlig ein...
Ich zitiere jetzt, muss da noch ein bisschen vorsichtig sein,
das ist ein Verbrechen dieser Krieg.
Aber es gibt natürlich auch solche, die das vielleicht sogar unterstützen
oder nicht dagegen sind, aber die einfach selber sicher nicht an die Front möchten.
Oftmals sind es auch gut ausgebildete Leute,
IT-Fachleute hat es viele, die leichter im Ausland einen Job finden
und die verlassen dann Russland in der Hoffnung,
dass sie früher oder später wieder mal zurückkehren können.
Wie blicken die Leute denn in die Zukunft?
Ja, das ist eine kurzfristige Zukunft, würde ich sagen.
Ein Soziologe haben wir in Russland letztendlich gesagt,
die Leute hätten eine Zukunft von zwei bis drei Monaten im Moment.
Weil sie einfach nicht wissen, was kommt.
Sie wissen nicht, ob noch mal ein Immobilien machen kommt,
ob ihr Ehemann, Sohn, Bruder bald in den Krieg muss
und wirtschaftlich gesehen, gab es keine katastrophalen Situationen,
aber es geht immer weiter abwärts.
Die Produkte werden teurer und die Ersparnisse gehen langsam zu Ende.
Es ist ganz viel Unsicherheit.
Ich habe sehr viel Unsicherheit im Land gespürt.
SRF-Korrespondent Christoph Franzen, die Fragen stellte Ivan Lieber her.
In Argentinien ist die Inflation kürzlich auf den höchsten Stand
seit Anfang der 1990er Jahre gestiegen.
Das südamerikanische Land gehört zu den Staaten
mit der stärksten Teuerung weltweit.
Inzwischen liegt die Inflationsrate dort bei über 100%.
Wie es dazu kam und weshalb es trotzdem Grund gibt,
optimistisch zu sein,

das zeigt der Beitrag von Südamerika-Korrespondentin Teresa Delgado.
La Plata no Alcanza, los sueldos tampoco.
Das Geld reicht nirgends hin und der Lohn auch nicht,
sagt eine Frau in einer Reportage im argentinischen Fernsehen,
gedreht am Mercado Central, dem größten Gemüse und Früchtemarkt
im Buenos Aires.
Wer sich hier umhört, merkt schnell,
Einkaufen ist für viele Argentinerninnen und Argentinern
zum Spießrutenlauf geworden.
Neulich wollte ich drei Mandarinen kaufen,
zwei Orangen, zwei Bananen und ein halbes Kilo Tomaten.
Das kostete 150 pesos.
Ich hatte nicht genug Geld, also nahm ich nur die Tomaten.
Sagt eine Frau.
Geld fehlt auch in der argentinischen Staatskasse.
Das Land ist hochverschuldet.
Ein Großteil der Schulden geht auf einen Milliarden-Kredit zurück,
den der konservative Ex-Präsident Mauricio Macri 2018
beim internationalen Währungsfonds aufnahm.
Um diese Schulden zu bezahlen,
drückt die Argentinische Zentralbank ständig frisches Geld.
Ein Ökonom formulierte es gegenüber CNN-Archendiner kürzlich so.
Unsere Zentralbank verkauft eine Ware namens BESSO,
und diese Ware will niemand.
Denn der argentinische BESSO verliert stetigern Wert.
Wer kann, rettet seine Ersparnisse ins Ausland auf ein Konto mit US-Dollar.
Die zweitgrößte Volkswirtschaft Südamerikas leidet seit Jahren
an strukturellen Problemen.
Der Staatsapparat ist zu aufgebläht.
Die große Schattenwirtschaft entzieht im Staat viele Steuereinnahmen.
Es gibt wenig Industrie,
und die Landwirtschaft leidet an den Folgen des Klimawandels.
Wir haben eine große Dürre in Argentinien.
Das hat mit dem Klimawandel zu tun.
Die Dürre dauert schon drei Jahre.
Dieser Sommer war einer der heißesten.
Sagt Saúl Keifmann, Experte für politische Ökonomie an der Universität Buenos Aires.
Das Problem, die Dürre führt zu Ausfällen bei der Soja-Ernte,
und Soja ist Argentinien's wichtigstes Exportgut.
Ohne diese Exporte kommen nur wenig US-Dollar ins Land.
Der Staat kommt nicht an genug Geld, um seine Schulden abzubauen.
Es sei denn, er drückt es selber.
Die argentinische Wirtschaft funktioniert zwar weiter,
aber mehr schlecht als recht wachsen kann die Wirtschaft so nicht.

Hinzu kommt eine politische Krise,
die die Märkte verunsichert.
Im jetzigen politischen Kontext ist es unmöglich,
diese Probleme anzupacken.
Unser Wirtschaftsminister kann höchstens noch schauen,
dass es nicht noch mehr aus dem Ruder läuft.
Dringend nötige Maßnahmen, eine konsequente Sparpolitik etwa,
um den Schuldenberg in den Griff zu bekommen,
kann die aktuelle Mitte-Links-Regierungskoalition nicht durchbringen.
Sie ist zu schwach.
Interne Streitereien sorgen für dicke Luft in der Casa Rosada,
dem argentinischen Präsidentschaftsbalast.
Präsident Alberto Fernandez spricht laut Medienberichten
nicht mehr mit Vize-Präsidentin Cristina Fernandez de Kirschner.
Es herrscht Uneinigkeit darüber,
wer bei den Wahlen im Oktober als Kandidat oder Kandidatin antreten soll.
Und die Verantwortung übernehmen für das aktuelle Schlamassel
unpopuläre Sparmaßnahmen fordern
oder durchsetzen, das will in einem Wahljahr keine Partei.
Die sollen alle abhauen.
Ich bin so müde und habe genug von diesen streitenden Politikern.
Sagt eine wütende Bürgerin im argentinischen Fernsehen.
Ökonom Saul Geifmann kann das gut nachvollziehen.
Derzeit gibt es nicht viel, was einen optimistisch stimmt.
Aber schon in wenigen Monaten könnte sich diese Situation
ändern.
Um die Wirtschaft zu stabilisieren, braucht es eine neue starke Regierung,
die Vertrauenshaft Hoffnung gibt.
Trotz der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage
ist Saul Geifmann zuversichtlich.
Denn mittel- und langfristig stehen die Zeichen für
Argentiniens Wirtschaft eigentlich gut.
Argentinien hat gute Perspektiven.
Im Wakamuerta-Sektor, im Westen des Landes,
gibt es eines der größten Erdgasvorkommen der Welt.
Bis die neue Gas-Pipeline fertig sei, die das Gas vom Landesinnern
bis an die Atlantikküste bringen, fehlen nicht mehr viel.
Und die Nachfrage nach Gas sei weltweit noch immer groß.
Und auch Lithium gibt es in Argentinien in großen Mengen.
Der Handel mit diesen Rohstoffen könnte wieder Geld
in die argentinische Staatskasse spülen.
Und der Wirtschaft dabei helfen, wiederzuwachsen.
Der Rohstoffhandel als Chance für die argentinische Wirtschaft,
zum Beispiel dank Lithium, Theresa Delgado hat berichtet.

Auch große Rohstoffkonzerne widdern bei Metallen wie eben Lithium ein großes Geschäft.

Das zeigt aktuell das Beispiel Glencore.

Dass der Schweizer Rohstoffriese fusionieren will mit der kanadischen Konkurrentin Tech.

Die zeigte Glencore in einem ersten Anlauf zwar die kalte Schulter, doch die Fusionsbemühungen gehen weiter.

Ein bemerkenswerter Schritt, denn damit macht der Zugerkonzern klar, dass man sich vom bisher lukrativen Kohlegeschäft trennen will und auf Metalle setzt.

Und damit ist Glencore nicht allein.

Das ist der erste Redaktor Dario Belosi.

Die Glencore Spitze war wohl weniger freut, dass vor knapp zwei Wochen der kanadische Rohstoffkonzern Tech öffentlich machte, dass Glencore eine Fusion angeboten habe.

Tech, die sie aber ablehne.

Denn fast beiläufig wurde damit eine neue Strategie von Glencore bekannt im umstrittenen Kohlegeschäft.

Der Zugerkonzern will sich demnach vom Kohlegeschäft trennen.

Und zwar auf den Kurs von den Förderer und Händler der Welt.

Im Dezember hat der Konzern gegenüber von Investorinnen und Investoren zwar angedeutet, dass man künftig verstärkt auf Kupfer und andere Metalle setzen wolle, aber gleich für 23 Milliarden Dollar mit Tech zusammengehen wollen und das gemeinsame Kohlegeschäft dann abspalten.

Diese Dimension überrascht sogar Rohstoffanalyst James White Zeit von Woodmark Kentsey.

Er hätte erwartet, dass sie Unternehmenskäufe in der Größe von bis zu 10 Milliarden Dollar planen.

Es haben Signale gegeben für Investitionen im Kupfergeschäft, aber keine solche große Fusion.

Der Weg über eine Fusion mit Tech wird eine ideale Möglichkeit bieten, diesen Wandel weg von der Kohle zu vollziehen.

Einerseits entsteht ein riesiger Kohlekonzern mit einem Wert von rund 34 Milliarden Dollar.

Dieser würde von Glencoe abgespalten und Kevin New York an die Börse.

Das würde viel Geld in die Kassen einer fusionierten Glencoe spielen.

Gleichzeitig würde Glencoe gemeinsam mit der kleineren Tech noch dominanter im Geschäft mit Kupfer, Nickel oder Zink.

Diese Metalle sind gefragt für den Energiewandel.

Entsprechend dürfte Glencoe seine Milliardenanteile aufwärter nochmals aufstocken.

Definitiv entscheiden, werden die Aktionärinnen und Aktionäre von Tech Ende April.

Ob die Fusion nun klappt oder nicht.

Glencoe steht nach der Veröffentlichung der Fusionspläne nun verstärkt unter Druck, das Kohlegeschäft loszuwerden, sagt James White-Seidt.

Es gebe viele Investorinnen und Investoren, die in diese Metalle investieren möchten.

Aber wegen des Kohlegeschäfts könnten sie das wegen Umweltauflagen bei Glencoe nicht machen.

Ähnlich tönt es in einem Analysepapier der Großbank UBS.

Glencoe's Aktionariat könnte das Management dazu bringen, das Kohlegeschäft abzuspalten, um eine Neubewertung des Konzerns zu ermöglichen.

Den Rohstoffkonzern also für institutionelle Anlegerinnen wie Pensionskassen, wieder salonfähig zu machen.

Wie Glencoe das machen will, falls die Fusion scheitert, ist offen.

Denkbar ist, dass sich der Zuckerkonzern mit dem aus dem Kohlegeschäft gut gefüllten Portemonnaie auf Einkaufstube gibt und kleinere Kupferproduzenten aufkauft.

Damit ist Glencoe auch nicht allein.

Generell haben die Rohstoffgiganten einen wachsenden Appetit auf Metalle.

Denn Kupfernickel, Kobalt oder Zink sind gefragt, dass Grundlagen für Windkraftanlagen oder Batterien.

Doch das Angebot ist knapp.

Wir heißen, die Preise für die Metalle dürften in den nächsten Jahren steigen.

Ein Multimilliardengeschäft für jene, die liefern können.

Eine v.a. auf bestehende Produktionsanlagen.

Erklärt Rohstoffspezialist James White-Side von Woodmark-Kancy.

Das hätten auch Giganten wie BHP oder Rio Tinto gemacht.

Sie kaufen sich in Unternehmen ein

und bauten so ohne große Risiken ihre Weltmarktposition aus.

Noch ist offen, wie Glencoe künftig aussehen wird.

Der Wandel dürfte aber auch Auswirkungen auf den Standort zugehen.

Ein neues Kohleunternehmen würde sich wohl kaum in der Schweiz niederlassen.

Und der Fusionsvorschlag an Tech hat ebenfalls gezeigt, dass Glencoe sich auch vorstellen kann,

der Sitz einer künftigen Metallabteilung auszulagen.

Z.B. nach Kanada.

Die Folge wäre eine deutlich kleinere Zentrale des Giganten an seinem Schweizer Stammsitz, wo die jetzt seit noch 900, der insgesamt 135.000 Beschäftigten, arbeiten.

Wie unterscheidet man Fake-News von Fakten?

Wie informieren wir uns und wie gehen wir mit Informationen um?

Diese Fragen behandelt die Ausstellung

auf der Suche nach der Wahrheit, wir und der Journalismus.
Die Ausstellung zählt hauptsächlich auf Jugendliche
und geht die nächsten drei Jahre auf Tour durch die Schwarzer Museen.
Den Auftakt macht aktuell das Kulturmuseum in Sankt-Gallen.
Aus der Ausstattung von Fakten
ist der Museum in Sankt-Gallen.
Aus der Ostschweiz berichtet Sascha Zürcher.
Die Ausstellung basiert auf einem spielerischen Konzept.
Sie beinhaltet mehrere interaktive Stationen,
um die eigene Medienkompetenz zu testen.
Das Herzstück ist der Newsroom.
Hier sollen die Besucherinnen und Besucher recherchieren
und einer Geschichte auf den Grund gehen.
Das ist der Newsroom und das ist nachgebildet
in einem Newsroom aus den 1980er-Jahren.
Es hat alle so alte technische Geräte, alte Computer.
Konzipiert hat die Ausstellung der Bermer Verein Journalistery,
eine Gruppe von Schweizer Journalisten und Historikerinnen.
Eine von ihnen ist Katja Bianchi.
Das Ziel unserer Ausstellung ist es vor allem zu zeigen,
dass Journalismus wichtig ist für unsere Meinungsbildung
und somit auch essentiell ist für die Demokratie.
Ein zentraler Punkt der Ausstellung
ist die Unterscheidung von Fake News und Fakten.
Welche Informationen sind gesichert und was ist frei erfunden?
Wir haben versucht, das nicht mit manendem Zeigefinger zu tun,
sondern eben mit einem spielerischen, partizipativen Ansatz.
Das heißt konkret, dass die Besucherinnen
über die Erfahrung machen sollen,
wie schwierig es ist, möglichst nahe an die Wahrheit heranzukommen.
Die Ausstellung richtet sich an Jugendliche ab 13 Jahren.
Zugast ist gerade eine Klasse der ersten Realstufe aus Herisau
im Kanton Appenzell Außerroden.
Wie verifizieren Sie den Wahrheitsgehalt von Nachrichtenmeldungen?
Die Fake News.
Ich weiß, was es ist, ob ich es erkennen kann.
Ich weiß es nicht wirklich.
Manchmal klingt es sehr unecht.
Man weiß einfach, dass es echt Fake ist.
Manchmal ist es auch Segendinfluencer,
dass es echt oder Fake ist.
Man erfährt nach dem auch, dass es echt ist.
Manchmal weiß es nicht ganz, aber schwierig.
Ähm, ja.

Radlosigkeit.

So wie bei diesem 14-jährigen Schüler aus Herisau herrscht diese bei vielen Jugendlichen, wenn es darum geht, einzuordnen, was stimmt und was nicht, in den Newsportalen.

Für Historikerin Bianchi müsste hier auch die Schule in Punkt-o-Medien-Kompetenz vermehrt in die Pflicht genommen werden. Aber auch die Medien selber seien gefordert.

Einerseits müssen die Qualitätsmedien selber kreativ werden. Oder das tun Sie ja zum Teil auch.

Oder ein Social-Media-Creator.

Oder ein neuer Posten oder der geschaffen wurde.

Ich glaube, man muss sie wirklich auf ihren Kanälen versuchen, abzuholen, auf Augenhöhe.

Jugendliche verbringen zwar täglich viel Zeit am Smartphone, eine Untersuchung der Forschungsstelle, Öffentlichkeit und Gesellschaft der Uni Zürich zeigt aber, dass sie auf Websites und Apps pro Tag nur gerade 7 Minuten News konsumieren.

Oft sind sie natürlich auf Social-Media unterwegs und dort spielen eigentlich News keine zentrale Rolle.

Sie suchen dort die Nachrichten nicht aktiv, sondern erwarten, dass sie dann schon alles mitbekommen, was relevant ist und wichtig ist.

Sagt Katja Bianchi vom Verein Journalistory.

Und wie sieht es bei den 13- bis 15-Jährigen aus Herisau aus?

Wie konsumieren sie News?

Also ich seh es meistens auf Instagram oder TikTok.

Meinem Auto und mein Vater zeigen mir mal 20 Minuten auf dem Handy und dann lasst man halt einmal zusammen.

Halt von Kollegen oder von der älteren oder auch eben TikTok, Instagram und halt all die Influencer.

Soziale Medien stehen also erwartungsgemäß hoch im Kurs.

Kein Thema, auch das nicht überraschend, ist bei den Jugendlichen die Zeitung in gedruckter Form.

Nein, da lasse ich nur so.

Ich finde Zeitung nicht spannend und da lässt entweder mein Vater oder mein Mutter.

Nein, ich lese auch keine Zeitung.

Zeitung ist für mich nicht so spannend.

Zu Zeitungslesenden werden die Herisauer Schülerinnen und Schüler vielleicht nicht gerade.

Aber die Ausstellung ist bei den meisten gut angekommen.

Sie könnten sich durchaus vorstellen, künftig mit dem Smartphone aktiv nach Nachrichten zu suchen und sich mehr zu informieren,

sagten viele nach dem Besuch im Kulturnuseum in St. Gallen.
Sascha Zürcher.

Die Ausstellung auf der Suche nach der Wahrheit,
wir und der Journalismus ist noch bis Anfang Juli in St. Gallen zu sehen.
Nächste Stationen sind dann Bern, Martini und Winterthur.
Das war das Echo der Zeit mit Redaktionsschluss um 18 Uhr 42.
Verantwortlich für die Sendung Lukas Schneider,
für die Nachrichten Thomas Fuchs, am Mikrofon Christina Scheidecker.
Das war ein Podcast von SRF.